

deutschland gründlich analysierte, neu herangereifte Probleme rechtzeitig aufgriff und die notwendigen Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der Partei zog, behielten wir in der offensiven Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus stets die Initiative.

Unsere Partei war im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit darauf bedacht, der Arbeiterklasse und den anderen friedliebenden demokratischen Kräften Westdeutschlands im Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Neonazismus zu helfen und ihnen bei der Herausarbeitung einer eigenen demokratischen Alternative jede mögliche Unterstützung zu geben. Wir gingen dabei davon aus, daß endlich auch in Westdeutschland die Lehren aus zwei Weltkriegen gezogen und die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition verwirklicht werden müssen.

Demokratische Umwälzungen in Westdeutschland sind notwendig, damit die friedliebende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung entscheidenden Einfluß auf die westdeutsche Politik gewinnt. Das ist auch die Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und für die Sicherung des Friedens in Europa.

Am 45. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands legte unsere Partei den Sinn ihrer Politik gegenüber Westdeutschland folgendermaßen dar: Wir, die Bürger und die Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik, sorgen uns um das friedliche Leben und die soziale Sicherheit nicht nur der Bevölkerung der DDR, sondern auch Westdeutschlands. Und anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik erklärten wir: „Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie sich die westdeutsche Arbeiterbewegung und die in Westberlin entwickelt. Die Solidarität, die wir gegenüber allen Arbeitern der Welt empfinden, ist natürlich gegenüber den westdeutschen und Westberliner Arbeitern besonders stark ausgeprägt. Uns ist ihr Schicksal... nicht gleichgültig.“<sup>13</sup>

In seiner von der 12. Tagung des Zentralkomitees bestätigten programmatischen Rede zum 20. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hob der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Walter Ulbricht, hervor, daß die westdeutsche Arbeiterklasse und alle westdeutschen Werktätigen vor der Aufgabe stehen, die demokratischen Veränderungen nachzuholen, die schon vor zwanzig Jahren zwingend auf der Tagesordnung standen. Es geht dabei um die Durch-

<sup>13</sup> Walter Ulbricht: Festrede zum 15. Jahrestag der DDR. In: Neues Deutschland (B) vom 7. Oktober 1964.